

DE Standardformular 12 – Wettbewerbsbekanntmachung

Wettbewerbsbekanntmachung

Richtlinie 2014/24/EU ☒

Richtlinie 2014/25/EU ☐

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber

I.1) Name und Adressen ¹ (alle für das Verfahren verantwortlichen öffentlichen Auftraggeber/Auftraggeber angeben)

Offizielle Bezeichnung: [Staatliches Bauamt Erlangen-Nürnberg](#)

Nationale Identifikationsnummer: ² (falls zutreffend)

Postanschrift: [Bohlenplatz 18](#)

Ort: [Erlangen](#)

NUTS-Code: [DE254](#)

Postleitzahl: [91054](#)

Land: [Deutschland \(DE\)](#)

Kontaktstelle(n): [Staatliches Bauamt Erlangen-Nürnberg / Techn. Geschäftsleitung](#)

Telefon: [+49 \(911\) 3507 198](#)

E-Mail: FBT@stbaer.bayern.de

Fax: [+49 \(911\) 3507 294](#)

Internet-Adresse(n)

Hauptadresse: <https://www.stbaer.bayern.de>

Adresse des Beschafferprofils:
https://www.stbaer.bayern.de/service/information_fuer_auftragnehmer/planungswettbewerbe/

I.2) Gemeinsame Beschaffung

☐ Der Wettbewerb betrifft eine gemeinsame Beschaffung. Im Falle einer gemeinsamen Beschaffung, an der verschiedene Länder beteiligt sind – geltendes nationales Beschaffungsrecht:

☐ Der Wettbewerb wird von einer zentralen Beschaffungsstelle organisiert

I.3) Kommunikation

☒ Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter:

https://www.stbaer.bayern.de/service/information_fuer_auftragnehmer/planungswettbewerbe/

☐ Der Zugang zu den Auftragsunterlagen ist eingeschränkt. Weitere Auskünfte sind erhältlich unter: (URL)

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt

☒ die oben genannten Kontaktstellen

☐ folgende Kontaktstelle:

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen

☐ elektronisch via:

☐ an die oben genannten Kontaktstellen

☒ an folgende Anschrift: (weitere Anschrift angeben)

[Staatliches Bauamt Erlangen-Nürnberg](#)

[Technische Geschäftsstelle](#)

[Bucher Str. 30](#)

[90408 Nürnberg](#)

[Kennwort: Planungswettbewerb Himbeerpalast](#)

☐ Im Rahmen der elektronischen Kommunikation ist die Verwendung von Instrumenten und Vorrichtungen erforderlich, die nicht allgemein verfügbar sind. Ein uneingeschränkter und vollständiger direkter Zugang zu diesen Instrumenten und Vorrichtungen ist gebührenfrei möglich unter: (URL)

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

(bei Veröffentlichung der Bekanntmachung durch einen öffentlichen Auftraggeber)

☐ Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder

- lokaler Unterabteilungen
- ☐ Agentur/Amt auf zentral- oder bundesstaatlicher Ebene
- ☒ Regional- oder Kommunalbehörde
- ☐ Agentur/Amt auf regionaler oder lokaler Ebene
- ☐ Einrichtung des öffentlichen Rechts
- ☐ Europäische Institution-Agentur oder internationale Organisation
- ☐ Andere:

I.5) Haupttätigkeit(en)

(bei Veröffentlichung der Bekanntmachung durch einen öffentlichen Auftraggeber)

- ☐ Allgemeine öffentliche Verwaltung
- ☐ Verteidigung
- ☐ Öffentliche Sicherheit und Ordnung
- ☐ Umwelt
- ☐ Wirtschaft und Finanzen
- ☐ Gesundheit
- ☐ Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen
- ☐ Sozialwesen
- ☐ Freizeit, Kultur und Religion
- ☐ Bildung
- ☒ Andere Tätigkeit: **Hochbau**

I.6) Haupttätigkeit(en)

(bei Veröffentlichung der Bekanntmachung durch einen Auftraggeber)

- ☐ Erzeugung, Fortleitung und Abgabe von Gas und Wärme
- ☐ Strom
- ☐ Aufsuchung und Gewinnung von Gas und Erdöl
- ☐ Aufsuchung und Gewinnung von Kohle und anderen festen Brennstoffen
- ☐ Wasser
- ☐ Postdienste
- ☐ Eisenbahndienste
- ☐ Städtische Eisenbahn-, Straßenbahn-, Oberleitungsbus- oder Busdienste
- ☐ Hafeneinrichtungen
- ☐ Flughafenanlagen
- ☐ Andere Tätigkeit:

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags: **Maßnahmennummer: 15038 E 0001**

**Geisteswissenschaftliches Zentrum Erlangen (GWZ-ER) der FAU Erlangen-Nürnberg
Erweiterungsneubau, Umbau und Sanierung Himbeerpalast in Erlangen**

Planungswettbewerb gem. VgV und RPW 2013 als Nichtoffener, 1-phasiger Realisierungswettbewerb und anschließend VgV-F Verfahren für folgende Disziplinen

- Architekten*innen
- Landschaftsarchitekten*innen

nach RPW 2013 i. V. m. der Einführungsbekanntmachung der OBB v. 01. Oktober 2013 Az. IIZ5-4634-001/13

Referenznummer der Bekanntmachung: ²

II.1.2) CPV-Code Hauptteil: **71221000-3 u. 71222000-0** CPV-Code Zusatzteil: ^{1,2} [][][]

II.2) Beschreibung

II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s) ²

CPV-Code Hauptteil: ¹ [][] . [][] . [][] . [][] CPV-Code Zusatzteil: ^{1,2} [][][]

II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:

Kurzbeschreibung der Wettbewerbsaufgabe:

Die Einrichtungen der Philosophischen Fakultät und Fachbereich Theologie der FAU Erlangen-Nürnberg sind derzeit in einem weit verzweigten Netz verschiedener sanierungsbedürftiger Gebäude/Gebäudekomplexe verteilt. Die sogenannte „Bilokalität“ (Erlangen-Nürnberg) erzeugt eine institutionelle wie räumliche Trennung.

Mit dem Erwerb des Himbeerpalastes (ehemals Siemens) durch den Freistaat Bayern soll nun mit der Zusammenlegung der Philosophischen Fakultät und Fachbereich Theologie als Teil des Geisteswissenschaftlichen Zentrums Erlangen (GWZ-ER) der FAU Erlangen-Nürnberg eine räumliche Neuordnung erfolgen. Der aus den 50er Jahren stammende denkmalgeschützte Gebäudekomplex mit derzeit ca. 23'000 m² Gesamtnutzfläche (NUF 1-7) soll den südlichen Abschluss der geplanten neuen Wissenschaftsachse im Zentrum von Erlangen bilden und auf die für das GWZ-ER benötigte Gesamtnutzfläche von 29'500m² erweitert werden. Es ist geplant mit der notwendigen Erweiterung, Umbaus und Sanierung des Himbeerpalastes, die Philosophische Fakultät und Fachbereich Theologie, Zentrale wissenschaftliche und universitäre Einrichtungen, eine Mensateria und eine Universitätsbibliothek unterzubringen. Die Universitätsbibliothek nimmt dabei eine Nutzfläche von ca. 8'800m² ein. Die universitätseigenen Freianlagen stehen mit den angrenzenden Straßen in direktem Bezug zum öffentlichen Stadtraum und sind innerhalb der Blockstruktur des Himbeerpalastes integrativer Bestandteil des Hochbaus.

Im Rahmen dieses Planungswettbewerbes sollen für das neue Geisteswissenschaftliche Zentrum Erlangen umsetzbare, attraktive und identitätsstiftende Lösungen zu Sanierung, Umbau und Erweiterungsneubau des Himbeerpalastes, sowie der dazugehörigen universitätseigenen Freianlagen, erarbeitet werden.

Verfahren

In einem Auswahlverfahren nach § 71 Abs. 3 VgV i. V. m. § 3 Abs. 3 RPW 2013 werden die Teilnehmer*innen für den Wettbewerb ermittelt. Hierfür werden als Höchstzahl 20 Teilnehmer*innen zugelassen, die die für das Auswahlverfahren vorgegebenen Auswahlkriterien (siehe III.1.10) erfüllen. Vom Ausrichter werden 5 von max. 20 Teilnehmer*innen, welche ebenfalls vorbenannte Auswahlkriterien erfüllen, gesetzt (siehe auch IV.1.7). Übersteigt die nach Prüfung verbleibende Bewerberanzahl die nach IV 1.2) zugelassene Höchstzahl der Teilnehmer*innen, entscheidet gemäß §3 Abs. 3 RPW das Los.

Die Wettbewerbsaufgabe ist durch Berufsangehörige der unter II. 1.1 genannten Disziplinen - Architekt*innen in Zusammenarbeit mit Landschaftsarchitekt*innen - zu bearbeiten (siehe auch III.2.1). Die Beteiligung von weiteren Fachplaner*innen ist nur als Fachberater*innen und nicht als Mitverfasser*innen möglich.

Der Ausrichter (Auftraggeber) wird, sobald die dem Wettbewerb zugrundeliegende Aufgabe realisiert wird und sofern kein wichtiger Grund der Beauftragung entgegensteht, ein Verhandlungsverfahren nach VgV mit allen Preisträger*innen durchführen und vorbehaltlich der Bewertung und Entscheidung des Preisgerichtes, eine*n Preisträger*in (Architekt*innen + Landschaftsarchitekt*innen) mit den Planungsleistungen nach §34 HOAI (Objektplanung Gebäude) und §39 HOAI (Objektplanung Freianlagen) beauftragen.

Vertragsgrundlage werden die Vertragsmuster (VHF Bayern), die unter folgendem Link eingesehen werden können: https://www.stmb.bayern.de/buw/bauthemen/vergabeundvertragswesen/freiberuflichediensleistungen/index.php#link_4

Der Ausrichter (Auftraggeber) wird stufenweise, beginnend mit Stufe 1B (LPH2), mindestens die Planungsleistungen der Leistungsphasen 2-5 nach HOAI beauftragen, sofern jeweils kein wichtiger Grund gegen eine Weiterbeauftragung spricht. Der Auftraggeber beabsichtigt darüber hinaus, den*die Auftragnehmer*in mit weiteren Leistungsphasen (LPH 6-9) und soweit erforderlich mit Besonderen Leistungen zu beauftragen.

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird

☐ ja ☒ nein

Projektnummer oder -referenz:

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.10) Kriterien für die Auswahl der Teilnehmer: ² (bei einem nichtoffenen Wettbewerb)

Für die Bewerbung zur Teilnahme am Wettbewerb sind zwingend die vorbereiteten Bewerbungsformulare (siehe Abschnitt VI.3 Punkt B) zu verwenden, die digital unter der unter Punkt - I.3 - angegebenen Internetadresse abgerufen werden können. Auf die weiteren Angaben unter Punkt - VI.3 Zusätzliche Angaben - wird hingewiesen.

Zulassungsbereich:

Der Zulassungsbereich umfasst die Staaten des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) sowie die Staaten der Vertragsparteien des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen (GPA). Der jeweilige aktuelle Stand der Mitgliedsstaaten ist einsehbar unter:

https://www.wto.org/english/tratop_e/gproc_e/memobs_e.htm

Fristgerechter Eingang der Bewerbung in Schriftform und Nachforderung

Nicht fristgerecht eingegangene, nicht rechtsverbindlich unterschriebene, unvollständige und/oder formal nicht ordnungsgemäße Bewerbungen, sowie Bewerbungen, die nicht wie unter Punkt I.3) angegeben, eingereicht werden, bleiben unberücksichtigt. Fehlende Unterlagen werden nicht nachgefordert. Die Bewerbungsunterlagen werden nicht zurückgegeben. Anspruch auf Kostenerstattung im Bewerbungsverfahren besteht nicht.

Der*die Bewerber*innen ist/sind für den fristgerechten Zugang der Unterlagen beim Ausrichter allein verantwortlich.

Mehrfachbeteiligungen

Mehrfachbeteiligungen von Bewerber*innen oder einzelner Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft im Wettbewerb sind, insbesondere aus Gründen der nachweislichen Wahrung des Geheimwettbewerbs, unzulässig und führen zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffener Bewerber/-gemeinschaften im weiteren Verfahren.

Auswahlkriterien, Notwendige Erklärungen, Angaben und Nachweise zum Zwecke der Auswahl der Teilnehmer*innen zum Planungswettbewerb:

Als Teilnehmer*innen sind juristische und natürliche Personen oder Zusammenschlüsse dieser zugelassen. Die beabsichtigte Form des Zusammenschlusses ist zu benennen. Jede Fachdisziplin hat die fachspezifisch geforderten Nachweise bzw. Erklärungen zu erbringen. Im Falle von Bewerbergemeinschaften ist eine gemeinsame Erklärung zur Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Der Bewerberbogen ist jeweils für jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft vollständig ausgefüllt beizulegen.

1. Allgemeine Angaben:

- Angaben zur Art der Teilnahme (Einzelbewerber*innen / Arbeitsgemeinschaft / Bewerbergemeinschaft)
- Angaben zur Identität und Rechtsform des*der Bewerber/s*in
- bei Bewerbergemeinschaft Angabe von: allen Mitgliedern, der rechtsverbindlichen, vertretungsberechtigten Person aller Mitglieder und Erklärung zu Bildung einer Bietergemeinschaft im Falle der Angebotsbearbeitung

2. Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

- Erklärung der Berechtigung zur Führung der in III.2.1 geforderten Berufsbezeichnung. Sofern in dem jeweiligen Heimatstaat die Berufsbezeichnung gesetzlich nicht geregelt ist, so erfüllt die Anforderungen, wer über ein Diplomprüfungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung über die Richtlinie 2005/36/EG (EU-Berufsqualifikationsrichtlinie, geändert durch Richtlinie 2013/55EU) gewährleistet ist.
- Ist der*die Bewerber*in eine juristische Person, ist diese*r nur dann teilnahmeberechtigt, wenn der*die verantwortliche Berufsangehörige die an die natürliche Person gestellten Anforderungen erfüllt.
- Bewerber*innen oder verantwortlichen Berufsangehörige juristischer Personen, die die entsprechende Berufsbezeichnung nach dem Recht eines anderen Mitgliedsstaates des Zulassungsbereiches tragen, erfüllen die fachlichen Voraussetzungen dann,
 - a. wenn sie sich dauerhaft im Bundesgebiet der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen haben und berechtigt sind, die deutschen Berufsbezeichnungen nach den einschlägigen deutschen Fachgesetzen, aufgrund Gleichstellung mit nach der Richtlinie 2005/36 EG (geändert durch Richtlinie 2013/55EU), zu tragen, oder
 - b. wenn sie vorübergehend im Bundesgebiet der BRD tätig sind und ihre Dienstleistungserbringung nach Richtlinie 2005/36 EG (geändert durch Richtlinie 2013/55EU) angezeigt haben.

Juristische Personen haben eine*n bevollmächtigte*n Vertreter*in zu benennen, der*die für die Wettbewerbsleistung verantwortlich ist. Die Vertretungsbefugnis des*der bevollmächtigten Vertreter/s*in einer juristischen Person erfolgt zunächst durch Eigenerklärung.

3. Ausschlussgründe / Interessenkonflikt:

- Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach §§123 und 124 GWB vorliegen
- Erklärung, dass der*die Bewerber*in selbst bzw. ein nach Satzung oder Gesetz für den*die Bewerber*in Vertretungsberechtigte*r in den letzten zwei Jahren nicht:
 - o gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder
 - o gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder
 - o gem. § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz oder
 - o gem. § 98c des Aufenthaltsgesetzes mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden ist.
- Erklärung, dass kein Interessenkonflikt nach § 6 VgV besteht
- Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 79 Abs. 2 VgV
- Erklärung, dass kein Teilnahmehindernis nach § 4 Abs. 2 RPW vorliegt.

4. Berufshaftpflichtversicherung:

- Erklärung des*der Bewerber/s*in im Falle der Beauftragung eine unter Punkt VI.3 (zusätzliche Angaben / Eignungskriterien / Berufshaftpflichtversicherung) beschriebene Berufshaftpflichtversicherung abzuschließen.

5. Fachliche Anforderungen: Referenzen (Formblatt Eigenerklärung)

- Fachliche Anforderungen Architekten*innen: Referenzprojekt (Objektplanung Gebäude)

Erklärung, dass mindestens ein Referenzprojekt realisiert wurde, welches der/die Bewerber*in oder ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft mit derselben Planungsanforderung für Objektplanung Gebäude HOAI §34, HZ IV gem. Objektliste Anlage 10.2 - mit min. den abgeschlossenen LPH 2-5 - verantwortlich geplant hat und welches folgende Kriterien erfüllt:

- o Kriterium 1: Neubau/Erweiterung
- o Kriterium 2: Bauen im Bestand (Umbau/Sanierung)

Die Fertigstellung des/der Projekte/-s mit Abschluss der Leistungsphase 5 muss innerhalb der letzten 10 Jahre (Stichtag 01.01.2011) liegen. Der Nachweis für Kriterium 1 und Kriterium 2 kann auch über 2 unterschiedliche Referenzprojekte erfolgen.

- Fachliche Anforderungen Landschaftsarchitekten*innen: Referenzprojekt (Objektplanung Freianlagen)

Nachweis, dass mindestens ein Referenzprojekt realisiert wurde, welche(s) der/die Bewerber*in mit derselben Planungsanforderung für Objektplanung Freianlagen HOAI §39, HZ III - gem. Objektliste Anlage 11.2 - mit min. LPH 2-5 - verantwortlich geplant hat. Die Fertigstellung des/der Projekte/-s mit Abschluss der

Leistungsphase 5 muss innerhalb der letzten 10 Jahre (Stichtag 01.01.2011) liegen.

Die Erfüllung beider fachlichen Anforderungen kann auch mit einer gemeinsamen Referenz für Objektplanung Gebäude u. Freianlagen erklärt werden. Die Erfüllung beider fachlichen Anforderungen kann auch mit einer gemeinsamen Referenz für Objektplanung Gebäude u. Freianlagen erklärt werden.

Es wird ausdrücklich auf die unter „VI.3 zusätzliche Angaben“ aufgeführten Eignungskriterien zum anschließenden Vergabeverfahren nach VgV hingewiesen, deren Erfüllung die Mindestanforderung für eine Auftragsvergabe darstellen. Berufsanfänger*innen und kleine Bürostrukturen werden darüber hinaus auf die Möglichkeit der Eignungslieferung gem. §47 VgV innerhalb des VgV-Verfahrens hingewiesen.

Auswahl der Teilnehmer*innen

Übersteigt nach Prüfung der Auswahlkriterien die Anzahl der Bewerber*innen, welche die Auswahlkriterien erfüllen, die Höchstzahl der Teilnehmerbegrenzung für den Planungswettbewerb (siehe Abschnitt IV 1.2.) entscheidet das Los.

III.2) Bedingungen für den Auftrag

III.2.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Teilnahme ist einem bestimmten Berufsstand vorbehalten ☒ ja ☐ nein

Beruf angeben:

Architekten*innen in Zusammenarbeit mit Landschaftsarchitekten*innen

Teilnahmeberechtigt sind natürliche Personen, die am Tage der Bekanntmachung nach den Rechtsvorschriften ihres Heimatstaates zum Tage der Bekanntmachung zur Führung der Berufsbezeichnung "Architekt*in" bzw. „Landschaftsarchitekt*in“ gem. Art. 1 Abs. 1 oder Art. 2 BauKaG berechtigt sind. Sofern in dem jeweiligen Heimatstaat die Berufsbezeichnung gesetzlich nicht geregelt ist, so erfüllt die Anforderungen, wer über ein Diplomprüfungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung über die Richtlinie 2005/36/EG (EU-Berufsqualifikationsrichtlinie, geändert durch Richtlinie 2013/55EU) gewährleistet ist.

Teilnahmeberechtigt sind darüber hinaus juristische Personen, sowie Berggemeinschaften sowohl natürlicher als auch juristischer Personen. Juristische Personen haben eine*n bevollmächtigte*n Vertreter*in zu benennen, der*die für die Wettbewerbsleistung verantwortlich ist. Der*die bevollmächtigte(n) Vertreter*in sowie der*die verantwortliche(n) Verfasser*in(nen) der Wettbewerbsarbeit müssen die Anforderungen erfüllen, die an natürlichen Personen als Teilnehmer*innen gestellt werden. Weiteres siehe unter III.1.10 bzw. VI.3. Berggemeinschaften müssen im Falle einer Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft gründen.

Die Teilnehmer*innen haben ihre Teilnahmeberechtigung eigenverantwortlich zu prüfen. Teilnahmehindernisse sind insbesondere unter § 4 Abs. 2 der RPW 2013 sowie §6 und §7 VgV beschrieben.

Die Hinzuziehung von Fachplaner*innen als Fachberater*innen ist möglich.

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Beschreibung

IV.1.2) Art des Wettbewerbs

☐ Offen

☒ Nichtoffen

Anzahl der in Erwägung gezogenen Teilnehmer: []
oder

Mindestzahl: [] / Höchstzahl: [20]

IV.1.7) Namen der bereits ausgewählten Teilnehmer: ¹ (bei einem nichtoffenen Wettbewerb)

1. Brückner & Brückner Architekten / Tirschenreuth (D)
realgrün Landschaftsarchitekten / München (D)
2. Cukrowicz Nachbaur Architekten ZT / Bregenz (A)
Vogt Landschaftsarchitekten / Zürich (CH)
3. gmp Architekten / Berlin
PLANORAMA / Berlin
4. Schulz + Schulz Architekten / Leipzig (D)
POLA Landschaftsarchitekten / Berlin (D)
5. Staab Architekten / Berlin (D)
Levin Monsigny Landschaftsarchitekten / Berlin (D)

IV.1.9) Kriterien für die Bewertung der Projekte:

Die Hauptkriterien des Preisgerichts zur Beurteilung der im Wettbewerb eingereichten Entwürfe sind nachfolgend gelistet, wobei die Reihenfolge keine Rangfolge/Wichtung darstellt. Eine Konkretisierung durch Unterkriterien wird den zur Teilnahme am Wettbewerb ausgewählten Teilnehmern mit den Auslobungsunterlagen bekanntgegeben.

- Städtebau und Gesamtkonzept
- Umgang mit dem Bestand

- Äußere und innere Gestaltung
- Äußere und innere Erschließung
- Funktionalität
- Programmerkfüllung
- Energie, Raumklima und Nachhaltigkeit
- Wirtschaftlichkeit und Realisierbarkeit

IV.2) Verwaltungsangaben

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Projekte oder Teilnahmeanträge

Tag: 06.05.2021 Ortszeit: 16.00 Uhr MEZ

IV.2.3) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: ²

21.05.2021 (bei einem nichtoffenen Wettbewerb)

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Projekte erstellt oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

[DE] ¹ Deutsch

IV.3) Preise und Preisgericht

IV.3.1) Angaben zu Preisen

Es werden ein oder mehrere Preise vergeben

☒ ja ☐ nein

Anzahl und Höhe der zu vergebenden Preise: ²

Als Wettbewerbssumme stehen insgesamt 532'000 Euro (netto) zur Verfügung. Davon steht für jede*n ausgewählten Wettbewerbsteilnehmer*in, der*die einen zulassungsfähigen Wettbewerbsbeitrag einreicht, ein Bearbeitungshonorar von insg. 10'000 Euro (netto) zur Verfügung. Der verbleibende Anteil der Wettbewerbssumme steht für Preise und Anerkennungen zur Verfügung.

Sofern der*die Teilnehmer*in in Deutschland für die Leistungen aus diesem Wettbewerb Umsatzsteuer abführt, wird diese zusätzlich zum Bearbeitungshonorar, sowie den Preisen und Anerkennungen erstattet. Im Falle einer weiteren Beauftragung werden durch den Wettbewerb bereits erbrachte Leistungen des*der Preisträger*innen bis zur Höhe des zuerkannten Preises (incl. Bearbeitungshonorar) nicht erneut vergütet, wenn und soweit der Wettbewerbsentwurf in seinen wesentlichen Teilen unverändert der weiteren Bearbeitung zugrunde gelegt wird.

IV.3.2) Angaben zu Zahlungen an alle Teilnehmer: ²

entfällt

IV.3.3) Folgeaufträge

Ein Dienstleistungsauftrag infolge des Wettbewerbs wird an den/die Gewinner des Wettbewerbs vergeben ☒ ja ☐ nein

IV.3.4) Entscheidung des Preisgerichts

Die Entscheidung des Preisgerichts ist für den öffentlichen Auftraggeber/den Auftraggeber bindend

☐ ja ☒ nein

IV.3.5) Namen der ausgewählten Preisrichter: ^{1, 2}

Fachpreisrichter*innen(alphabetisch):

1. Prof. Eckhard Gerber, Freier Architekt / Dortmund
2. MRin Regina Gerken / Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr
3. Prof. Regine Leibinger, Freie Architektin / Berlin (angefragt)
4. Prof. Peter Haimerl, Freier Architekt / München
5. LBD Dieter Maußner / Staatliches Bauamt Erlangen-Nürnberg
6. Till Rehwaldt, Freier Landschaftsarchitekt / Dresden
7. Josef Weber, Baureferent / Stadt Erlangen
8. Prof. Tobias Wulf, Freier Architekt / Stuttgart

Ständig anwesende Fachpreisrichter*innen (alphabetisch):

1. Franz Hirschmann, Freier Landschaftsarchitekt / Nürnberg
2. Christian Meyer / Staatliches Bauamt Erlangen-Nürnberg
3. Prof. Markus Schlempp, Freier Architekt / Basel (CH)

Sachpreisrichter*innen (alphabetisch):

1. MR Philipp Holzheid / Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst
2. Dr. Florian Janik, Oberbürgermeister / Stadt Erlangen
3. RD Dr. Janik Schönwälder / Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat
4. Prof. Dr. Rainer Trinczek, Dekan Phil. Fak. / FAU Erlangen-Nürnberg
5. Christian Zens, Kanzler / FAU Erlangen-Nürnberg

Ständig anwesende Sachpreisrichter*innen (alphabetisch):

1. Susanne Kandler, Gemeinsame Baukommission dbv u. VDB

Die Namen der ausgewählten Preisrichter*innen erfolgen unter Vorbehalt.

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.3) Zusätzliche Angaben: ²

A) Teilnahmeantrag:

Der Teilnahmeantrag und alle weiteren Unterlagen für die Bewerbung können bei der Kontaktstelle gem. I.1) angefordert werden oder unter der unter I.3) genannten Internetadresse heruntergeladen werden. Die Erklärungen und – soweit gefordert – Nachweise zu den Auswahlkriterien sind unterschrieben zusammen mit den Bewerbungsunterlagen (Teilnahmeantrag) im verschlossenen Umschlag mit entsprechender Kennzeichnung beim Ausrichter (sh. Unter I.1) auf dem Postweg oder direkt einzureichen. Wird dabei die gesetzte Frist nicht gewahrt oder ist die Schriftform (Unterschrift) nicht eingehalten, wird der betroffene Teilnehmer im Verfahren nicht weiter berücksichtigt. Fehlende Unterlagen werden nicht nachgefordert. Die Bewerbungsunterlagen werden nicht zurückgegeben. Anspruch auf Kostenerstattung im Teilnahmewettbewerb besteht nicht.

B) Anlagen zur Veröffentlichung:

Formulare Bewerbungsunterlagen (zur Teilnahme am Planungswettbewerb):

Anlage 01	Volltext zur Veröffentlichung (Ergänzung zur Bekanntmachung)
Anlage 02_1	Teilnahmeantrag (Formular)
Anlage 02_2	Erklärung Bürgergemeinschaft (Formular)
Anlage 02_3	Verzeichnis anderer Unternehmen (Formular)
Anlage 02_4	Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen (Formular)
Anlage 03_1	Bewerbersbogen (Formular Architekt*in)
Anlage 03_2	Bewerbersbogen (Formular Landschaftsarchitekt*in)

C) Eignungskriterien nach § 70 Abs. 2 VgV für den nachfolgenden Planungsauftrag:

Die nachfolgenden Nachweise werden von den Preisträgern*innen vor Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes verlangt und geprüft. Geforderte Nachweise sind in Kopie, nicht deutschsprachige Nachweise in einer beglaubigten Übersetzung, vor Aufforderung zur Angebotsabgabe, innerhalb von 10 Werktagen vorzulegen. Nur bei erfolgreichem Eignungsnachweis erfolgt die Aufforderung zur Angebotsabgabe.

Von jedem Mitglied einer Bietergemeinschaft, bzw. der genannten Nachunternehmer sind grundsätzlich eigenständige Nachweise einzureichen. Die Nachweise sind nach den jeweiligen Fachdisziplinen gesondert und – sofern sie sich auf natürliche Personen beziehen – in Bezug auf die jeweils verantwortlichen Berufsangehörigen zu liefern.

Für alle unter II. 1.1 genannten Fachdisziplinen sind gesondert folgende Eignungsnachweise zu führen:

1) Berufsqualifikation:

Nachweis der Berufsqualifikation des/der verantwortlichen Berufsangehörigen gem. III.1.10 und III.2.1

2) Berufserfahrung des/der o. g. verantwortlichen Berufsangehörigen: mind. 10 Jahre

3) Vertretungsbefugnis:

Nachweis der Vertretungsbefugnis des*der bevollmächtigten Vertreter/s*in gem. III.1.10) bei juristischen Personen z.B. durch die Vorlage eines Handelsregistrauszugs. Für Bieter*innen, die den Nachweis durch Handelsregistrauszug oder einen vergleichbaren Nachweis nicht führen können (z.B. Einzelunternehmen, GbR) ist eine Vollmacht einzureichen, aus der die Vertretungsbefugnis der unterzeichnenden Person hervorgeht.

4) Berufshaftpflichtversicherung:

Es ist eine Berufshaftpflichtversicherung in Höhe von mind. 5 Mio. € für Personenschäden sowie über mind. 10 Mio. € für sonstige Schäden bei einem, in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmen, abzuschließen und für die gesamte Dauer des Vertrags bis zur vollen Leistungserbringung aufrechtzuhalten. Die Deckung für das Objekt muss über die gesamte Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen (also ohne Unterscheidung nach Sach- und Personenschäden) ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall parallel zueinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind. Eine objektbezogene Versicherung ist möglich. Bürgergemeinschaften haften gesamtschuldnerisch. Die geforderte Sicherheit kann zunächst durch eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erfüllt werden, mit der dieser den Abschluss der geforderten Haftpflichtleistungen und Deckungsnachweise im Auftragsfall zusichert.

5) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit: Jahresumsatz

Nachweis des spezifischen Jahresumsatzes in den letzten drei Geschäftsjahren in Höhe von durchschnittlich

- für Objektplanung Gebäude: mind. 2.500.000 EUR netto
- für Objektplanung Freianlagen: mind. 500.000 EUR netto

Im Falle der Eignungsleihe muss mind. eines der genannten Unternehmen die Anforderungen an die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit erfüllen.

6) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit:

a) Beschäftigtenzahl:

- Nachweis einer durchschnittlichen jährlichen Beschäftigtenzahl einschließlich Inhabern:
- für Objektplanung Gebäude mind. 25 Beschäftigte

- für Objektplanung Freianlagen mind. 5 Beschäftigte

b) Berufserfahrung als Projektleiter*in

- für Gesamtprojektleitung (Architekt*in) mind. 10 Jahre
- für Objektplanung Gebäude mind. 10 Jahre
- für Objektplanung Freianlagen mind. 10 Jahre

c) Referenzprojekt/e

Der Nachweisführung wird auf die Vorlage von min. 1 und max. 3 Referenzobjekte je Kriterium begrenzt. Die Erfüllung beider fachlichen Anforderungen kann auch mit einer gemeinsamen Referenz für Objektplanung Gebäude u. Freianlagen erklärt werden.

– Referenzprojekt (Objektplanung Gebäude)

Nachweis, dass mindestens ein Referenzprojekt realisiert wurde, welches der/die Bewerber*in oder ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft mit derselben Planungsanforderung für Objektplanung Gebäude HOAI §34, HZ IV gem. Objektliste Anlage 10.2 - mit min. LPH 2-5 - verantwortlich geplant hat und welches folgende Kriterien erfüllt:

- Kriterium 1: Neubau/Erweiterung – Baukosten KG 300+400 \geq 10 Mio €
- Kriterium 2: Bauen im Bestand (Umbau/Sanierung) – Baukosten KG 300+400 \geq 20 Mio €

Die Fertigstellung des/der Projekte/-s mit Abschluss der Leistungsphase 5 muss innerhalb der letzten 10 Jahre (Stichtag 01.01.2011) liegen. Der Nachweis für Kriterium 1 und Kriterium 2 kann auch über 2 unterschiedliche Referenzprojekte erfolgen.

– Referenzprojekt (Objektplanung Freianlagen)

Nachweis, dass mindestens ein Referenzprojekt mit Baukosten KG 500 \geq 1,5 Mio € realisiert wurde, welche(s) der/die Bewerber*in mit derselben Planungsanforderung für Objektplanung Freianlagen HOAI §39, HZ III - gem. Objektliste Anlage 11.2 - mit min. LPH 2-5 - verantwortlich geplant hat. Die Fertigstellung des/der Projekte/-s mit Abschluss der Leistungsphase 5 muss innerhalb der letzten 10 Jahre (Stichtag 01.01.2011) liegen.

Das Wettbewerbsergebnis fließt im Rahmen des Verhandlungsverfahrens mit einem Anteil von 55% in die Wertung ein.

D) Termine:

Auswahlverfahren:

Rückfragen bis: 29.04.2021

Ende Bewerbungsfrist: 06.05.2021, 16.00 Uhr MEZ

Aufforderung zur Teilnahme: bis spätestens 21.05.2021

Planungswettbewerb nach RPW 2013:

Bearbeitungszeit: voraussichtlich KW 26 / 2019 - KW 40 / 2021

Kolloquium: voraussichtlich KW 29 / 2021

Preisgericht: voraussichtlich KW 49 / 2021

E) Wettbewerbssprache: Deutsch

F) Hinweis zu IV.3.3): Folgeaufträge

gem. § 8 Abs. 2 RPW 2013 i. V. m. Einführungsbekanntmachung der OBB vom 1. Oktober 2013, Az.: IIZ5-4634-001/13. Weitere Informationen, u.a. Zugang zum Bewerbungsmodus unter: (siehe I.3)

https://www.stbaer.bayern.de/service/information_fuer_auftragnehmer/planungswettbewerbe/

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Nordbayern
 Postanschrift: Postfach 606
 Ort: Ansbach
 Postleitzahl: 91511
 Land: Deutschland (DE)
 E-Mail: vergabekammer.nordbayern@reg-mfr.bayern.de
 Telefon: +49 981-53-1277
 Internet-Adresse: <http://www.regierung.oberbayern.bayern.de>
 Fax: +49 981-53-1837

VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren ²

Offizielle Bezeichnung:
 Postanschrift:
 Ort:
 Postleitzahl:
 Land:
 E-Mail:

Telefon:
Internet-Adresse:
Fax:

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: [gemäß §160 GWB](#)

Der Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit der*die Antragsteller*in den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe. Der Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt ²

Offizielle Bezeichnung: [Staatliches Bauamt Erlangen-Nürnberg](#)
Postanschrift: [Bohlenplatz 18](#)
Ort: [Erlangen](#)
Postleitzahl: [91054](#)
Land: [Deutschland \(DE\)](#)
E-Mail: FBT@vergabe.bayern.de
Telefon: [+49 \(911\) 3507 198](#)
Internet-Adresse: <https://www.stbaer.bayern.de>
Fax: [+49 \(911\) 3507 294](#)

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

[31.03.2021 \(ENOTICES\)](#)

Der öffentliche Auftraggeber/Der Auftraggeber ist für die Gewährleistung der Einhaltung der Rechtsvorschriften der Europäischen Union und anderer geltender Gesetze verantwortlich.

¹ in beliebiger Anzahl wiederholen

² falls zutreffend